

Das Grüne Pensionsmodell

Seit Jahren wird die Pensionsdebatte als Neiddebatte geführt. Jede Versichertengruppe wirft der anderen vor, ungerechtfertigte Privilegien zu genießen, zu teuer zu sein und anderen die Zukunft zu rauben. Völlig ausgeblendet wird die Frage, was das Pensionssystem eigentlich leisten soll.

Für die Grünen steht außer Frage, dass

- das Pensionssystem allen Menschen im Alter ein Leben in Würde garantieren muss. Altersarmut darf es nicht geben.
- junge Menschen von heute sicher sein sollen, dass Sie im Alter eine Pension bekommen werden.
- **es ein Pensionsrecht für alle** geben muss. Ein System mit einer Beitragshöhe und einheitlichen Berechnungsregeln für alle. Mit dem Wildwuchs an Altersicherungssystemen, wie wir es heute haben, muss Schluss sein.
- es ein öffentliches, mit Steuern und Beiträgen nach dem Umlageverfahren finanziertes System sein muss, da jedes andere System keine soziale Sicherheit gewährleistet.
- Private „Pensionsvorsorge“ am Kapitalmarkt steuerlich nicht gefördert werden darf, weil es keine Sicherheit bietet, sondern nur Versicherungen und FondsmanagerInnen Gewinne verspricht.

Das Grüne Pensionsmodell ist einfach: Ein einheitliches Pensionssystem mit gleichen Beiträgen, gleichen Berechnungsregeln und gleichen Leistungen für alle. Das Grüne Pensionsmodell besteht aus einer aus Steuern finanzierten, existenzsichernden Grundpension von ca. 800 Euro und einer, nach versicherungsmathematischen Regeln berechneten Versicherungspension aus Beiträgen. Beide Pensionsteile zusammen sind durch eine Höchstpension gedeckelt. Zeiten der Kinderbetreuung, der Krankheit, der Arbeitslosigkeit oder des Zivildienstes werden durch die Grundpension abgedeckt. In die Versicherungspension fließen nur tatsächlich bezahlte Beiträge. Ein Pensionssplitting für Zeiten der Partnerschaft und eine Berechnung der Lebenserwartung nach geschlechtsneutralen „Sterbetafeln“ gleicht Ungerechtigkeiten des Arbeitsmarktes und ungleiche Verteilung von Betreuungsarbeit aus.

Wildes Systemdurcheinander schafft Neid und Polemik

Derzeit besteht das Pensionsrecht aus einer Vielzahl von Systemen mit unterschiedlichen Beitragssätzen, unterschiedlichen Leistungen, unterschiedlichen Altersgrenzen und einer Vielzahl weiterer Unterschiede. Jedes dieser Systeme finanziert sich unterschiedlich. Das größte System, das ASVG, wird zu mehr als 80% aus Beiträgen der Versicherten finanziert. Andere Systeme können das nicht leisten, weil es etwa auf Grund gesellschaftlicher Veränderungen heute z.B. viel weniger aktive BäuerInnen oder BeamtInnen gibt als früher und diese die große Zahl an Pensionen der früher Aktiven finanzieren müssten. Kein Wunder also, wenn sich jede Gruppe benachteiligt, zu Unrecht angegriffen und als Privilegienritter kritisiert sieht.

Aber was muss ein Pensionssystem leisten?

Völlig außer Diskussion bleibt aber die Frage, was ein Pensionssystem eigentlich leisten soll. Für uns Grüne steht fest:

- Das Pensionssystem muss allen Menschen im Alter ein Leben in Würde garantieren. Altersarmut darf es nicht geben.
- Junge Menschen von heute müssen sicher sein können, dass Sie im Alter eine Pension bekommen werden.
- Es muss ein Pensionsrecht für alle geben. Ein System mit einer Beitragshöhe und einheitlichen Berechnungsregeln für alle. Mit dem Wildwuchs an Altersversicherungssystemen, wie wir es heute haben, muss Schluss sein.

Dass eine Altersversorgung Geld kostet, ist logisch und auch nicht wirklich ein Problem: Der größte Teil (gut zwei Drittel) der Gelder für die Alterssicherung kommt aus Beiträgen von Versicherten. Nur ein Drittel des benötigten Geldes wird über Steuern aufgebracht. Problematisch ist aber die Verteilung der Steuermittel. Sie kommen nämlich nicht allen Menschen gleichmäßig zu Gute. Je nach Versicherungssystem, Beruf, Einkommen oder Geschlecht profitieren Menschen sehr unterschiedlich von den Steuergeldern im Pensionssystem. Und hier setzen die Grünen an...

Das Grüne Pensionsmodell: Steuergeld für Pensionen gerecht aufteilen

Statt die Steuergelder, die ins Pensionssystem fließen, auf unterschiedliche Versicherungssysteme auf unterschiedliche Weise aufzuteilen, gibt es im Grünen Pensionsmodell nur ein System, das aus zwei Teilen besteht.

Aus der

- Grundpension, die aus Steuern bezahlt wird und der
- Versicherungspension, die nur aus Beiträgen der Versicherten finanziert wird.

Die Grundpension beträgt etwa € 800,- im Monat und wird an alle ausbezahlt, die das gesetzliche Pensionsalter von 65 Jahren erreicht haben und verhindert jedenfalls Altersarmut. Die Versicherungspension ist nichts anderes als die Auszahlung der selbst bezahlten Versicherungsbeiträge nach versicherungsmathematischen Kriterien. Bei Pensionsantritt wird die Summe der Einzahlungen einfach durch die Restlebenserwartung geteilt. Zusammen können Grundpension und Versicherungspension die Höchstpension (derzeit etwa € 3000,-) nicht übersteigen.

Das Grüne Pensionsmodell hat aber noch ein paar zusätzliche Besonderheiten, die Ungerechtigkeiten des gegenwärtigen Pensionsrechts beenden.

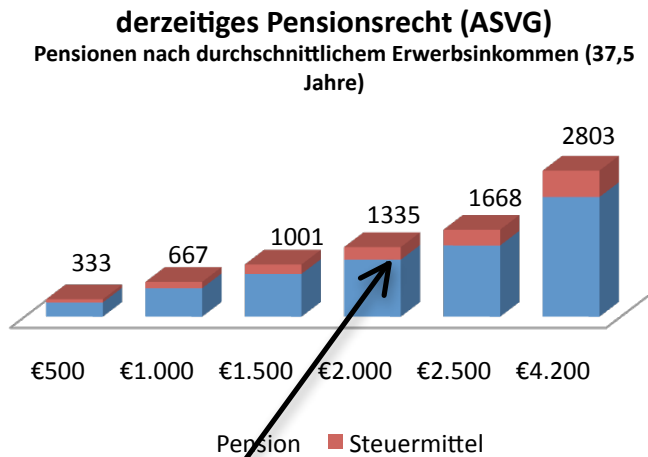
- In Ehe oder Partnerschaften bezahlte Versicherungsbeiträge kommen beiden PartnerInnen jeweils in gleicher Höhe zu Gute. Es kann auf diese Weise nicht mehr passieren, dass ein Mensch, der Kinder betreut oder einen Haushalt geführt und daher im Beruf ein geringeres Einkommen oder weniger Versicherungszeiten zusammenbekommen hat, im Alter durch die Finger sieht.
- Die Berechnung der Versicherungspension erfolgt einheitlich und nicht etwa für Männer und Frauen getrennt.

Die Wirkung der gerechten Verteilung von Steuergeldern im Pensionssystem ist erstaunlich. Während das gegenwärtige Pensionssystem auch sehr geringe, nicht existenzsichernde Pensionen von 250 € oder 300 € möglich macht, sind derartige Armutspensionen im Grünen Modell nicht möglich. Die Grundpension garantiert, dass Menschen, die ihr Leben zumindest zum Großteil in Österreich verbracht haben, nie zu wenig zum Leben haben. Dennoch sinken auch höhere Pensionen innerhalb der derzeitigen gesetzlichen Pensionsversicherung kaum, obwohl das Grüne Modell nicht mehr kostet, als das derzeit geltende System.

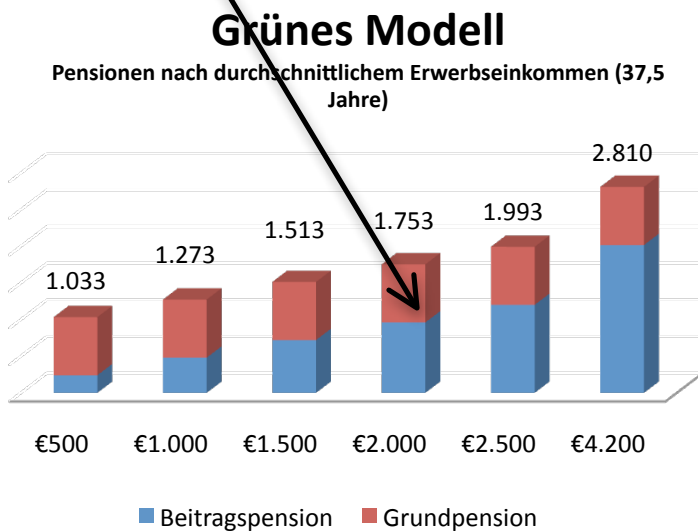
Wer soll das bezahlen?

Steuergelder im österreichischen Pensionssystem sind derzeit sehr ungerecht verteilt. Hohe und sehr hohe Pensionen profitieren sehr ungleichmäßig von den Steuergeldern im System. Die überwiegende Mehrheit der ASVG-PensionistInnen bekommen ihre Pensionen zu 82% aus Beiträgen von Versicherten und profitieren daher nur wenig von den Steuergeldern im System. Die Pensionen von Selbständige und BeamtenInnen hingegen werden zu 55% aus Steuergeld finanziert. Dazu kommt noch die Tatsache, dass in Österreich stärker von Steuergeldern im System profitiert, wer eine höhere Pension erhält. Eine ASVG-Pensionistin mit einer Pension von z.B. 300 € kriegt 60 € pro Monat aus Steuern. Ein ASVG-Pensionist mit der Höchstpension von 3000,- € hingegen bekommt 600 € pro Monat aus Steuergeld. Auch noch wenig angesichts der Tatsache, dass ein ehemaliger Spitzenbeamter mit 10.000 € Pension 5.500 im Monat aus Steuergeld erhält.

Im Grünen Pensionsmodell werden die Steuergelder auf PensionsbezieherInnen aufgeteilt, und da geht sich eine Grundpension von € 800,- im Monat für alle Menschen über 65 (sowie alle, die aus Krankheitsgründen nicht mehr arbeiten können), problemlos aus.



**Beiträge und Steuern -
Altersversorgung
insgesamt**



Klar ist, dass keine bereits zuerkannten Pensionen gekürzt werden können und sollen. Das Grüne Pensionsmodell ist die Zukunft. ...die bessere Zukunft.

Gefährdet der Anstieg älterer Menschen das Pensionssystem?

Nein, das tut es nicht. Der Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung von derzeit etwa 20% der Bevölkerung auf etwa 28% im Jahr 2060 finanziert sich in der Praxis durch Produktivitätsgewinne und Wirtschaftswachstum. Es bedarf dafür eines BIP-Wachstums von etwa einem Prozent pro Jahr. In den letzten 25 Jahren stieg das BIP um durchschnittlich 2,5% im Jahr. In der Praxis bedeutet dies: Mehr (grüne) Jobs bedeuten höhere Einnahmen aus Steuern und Beiträgen und somit ein leistungsfähigeres Sozial- (und damit auch Pensions-) System.

Wichtig ist aber auch die Umkehrung der Frage: Menschen werden glücklicherweise älter. Sollen wir deshalb aufgeben, sie existenziell zu versorgen? An der Notwendigkeit eines existenzsichernden Systems der Altersversorgung führt kein Weg vorbei...

ExpertInnen prognostizieren einen Anstieg der Bundesmittel im Pensionssystem um bis zu 6% des BIP. Wie kann eine Gesellschaft das verkraften?

Die Rechnung ist irreführend. Dabei werden die zukünftigen Kosten des harmonisierten Pensionssystems mit den Kosten des heutigen gesetzlichen Pensionssystems (ohne BeamtInnen) verglichen. Die Pensionskommission hat also die heutigen Kosten ohne BeamtInnen mit den zukünftigen Kosten mit BeamtInnen verglichen. Allein dieser Unterschied reduziert den prognostizierten Mehraufwand um 3,8%-Punkte (weil dieses Geld bereits jetzt für BeamtInnenpensionen aufgewandt wird). Dazu kommen auch noch, dass die Kommission bestimmte „worst-case“-Annahmen getroffen hat betreffend Produktivitätsentwicklung, Lohnentwicklung und BIP-Wachstum, die schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie überholt waren.

Wir brauchen uns nichts vormachen: Soziale Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif, aber es gibt auch keinen Grund zur Panik. Das österreichische Pensionssystem kennt derzeit viele Ungerechtigkeiten, aber es ist sehr sicher.